Datum: 15.05.2019

Bündner Zeitung
südostschweiz

Hauptausgabe

Südostschweiz / Bündner Zeitung
7007 Chur
081/ 255 50 50
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 28'041
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Seite: 5
Fläche: 74'408 mm²

ÖKK

Auftrag: 1081250
Themen-Nr.: 397.001

Referenz: 73510639
Ausschnitt Seite: 1/2

Viel Sympathie – aber klare Regeln

Der Gewerkschaftsbund Graubünden fordert die Bündner Frauen auf, am 14. Juni zu streiken – auch wenn ihre Unternehmensleitung mit der Kündigung von Gesamtarbeitsverträgen droht. Eine Umfrage zeigt, wie grosse Arbeitgeber im Kanton zum Frauenstreik stehen.

Vom Versicherungs- bis zum Medienunternehmen: So halten es die angefragten Bündner Grossfirmen mit dem Frauenstreik vom Freitag, 14. Juni.

Bilder Archiv

von Daria Joos und Andri Nay

Wer streiken will, muss freinehmen. So lautet das Credo in der Schweiz. Auch am Frauenstreik vom 14. Juni. Ems-Chefin Magdalena Martullo droht gar mit der Kündigung der Gesamtarbeitsverträge, falls Arbeitnehmende nicht zur Arbeit erscheinen und stattdessen an den nationalen Streik gehen (Ausgabe vom Samstag).

«Das ist gesetzlich gar nicht zulässig. Das Streikrecht ist in der Bundesverfassung verankert», entgegnet nun Simon Stieger, Präsident des Gewerkschaftsbunds Graubünden (GGR). In einer Medienmitteilung schreibt der GGR: «Weder die Gewerkschaften noch die Frauen dürfen sich von solchen fehlplatzierten Drohungen einschüchtern lassen.» Die Bündner Frauen sollen gemäss Stieger «auf jeden Fall streiken gehen».

Doch wie sieht es bei den Bündner Arbeitgebern aus? Wer unterstützt den Streik und seine Anliegen? Wer legt den Arbeitnehmenden Steine in den Weg und hindert sie daran, am Streik teilzunehmen? Eine Umfrage bei sieben Bündner Arbeitgebern liefert Antworten.

Hamilton begrüsst Engagement

Frei für den Streik bekommt niemand im Kanton. So viel sei schon mal vorweggenommen. Trotzdem gibt es Unterschiede.

«Wir begrüssen politisches Engagement unserer Mitarbeitenden und selbstverständlich steht es allen frei, sich in der Freizeit für politische Anliegen einzusetzen», sagt Andreas Wieland, CEO der Hamilton AG. Doch ähnlich wie bei der Ems-Chemie wird auch beim Technologie-Unternehmen mit Standorten in Bonaduz und Domat/Ems ein Fernbleiben vom Arbeitsplatz nicht toleriert.

Aber mit Kündigungen droht der

ARGUS DATA INSIGHTS® WISSEN ZUM ERFOLG
ARGUS DATA INSIGHTS® Schweiz AG | Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
T +41 44 388 82 00 | E mail@argusdatainsights.ch | www.argusdatainsights.ch

Datum: 15.05.2019

Bündner Zeitung
südostschweiz

Hauptausgabe

Südostschweiz / Bündner Zeitung
7007 Chur
081/ 255 50 50
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 28'041
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Seite: 5
Fläche: 74'408 mm²

ÖKK

Auftrag: 1081250
Themen-Nr.: 397.001

Referenz: 73510639
Ausschnitt Seite: 2/2

CEO nicht: «Die Konsequenz wäre eine Verwarnung, wie bei einer unentschuldigten Absenz.» Als Grund dafür gibt Wieland an, dass die Hamilton AG sämtliche politische Anliegen gleich behandelt. «Wir verstehen uns grundsätzlich als Unternehmen und nicht als politische Plattform.»

Ähnlich sieht es beim Bündner Versicherungsunternehmen ÖKK aus. «Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, wenn unsere angestellten Frauen am Streik teilnehmen», sagt Patrick Eisenhut, Leiter Unternehmenskommunikation. Gleichstellung habe national noch nicht den Stellenwert, den sie verdiene. Deshalb begrüsse es das Unternehmen, wenn Angestellte die Gleichbehandlung öffentlich thematisierten. Aber es gelte: Wenn Angestellte, ob Männer oder Frauen, streiken, müssen sie Gleitzeitguthaben oder Ferientage einsetzen. «Die Abwesenheit darf nicht zulasten der Unternehmung gehen», so Eisenhut. Er gehe nicht davon aus, dass Mitarbeiterinnen streiken, ohne freizunehmen. «Das entspricht nicht unserer Kultur.» Zudem sei es eine Frage des Vertrauens.

> «Die Abwesenheit darf nicht zulasten der Unternehmung gehen.»
>
> **Patrick Eisenhut**
> Leiter Unternehmenskommunikation ÖKK

Speziell ist die Situation beim Kantonsspital in Chur. Dort sind 75 Prozent aller Arbeitnehmenden Frauen. In der Pflege ist der Anteil sogar noch höher. Deshalb ist es gemäss Mediensprecher Dajan Roman am Kantonsspital besonders schwierig, Frauen die Teilnahme am Frauenstreik zu ermöglichen. «Der Dienst muss gewährleistet sein. Die Teams können untereinander abmachen, wer freibekommt.» Eine unentschuldigte Abwesenheit ist für Roman «unvorstellbar». «Niemand geht an einen Streik, wenn er Dienst hat.» Im Kantonsspital selber ist am 14. Juni keine spezielle Aktion zum Frauenstreik angedacht.

Ohne Frauen kein Service public

Auch für Kantonsangestellte gibt es keine Ausnahmen. «Eine Teilnahme am Frauenstreik hat in der Freizeit zu erfolgen», sagt Riccardo Thöni, Leiter des Personalamts Graubünden. Wer dennoch teilnehmen möchte, solle dies den Vorgesetzten frühzeitig mitteilen. Diese hätten den Mitarbeitenden im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten freizugeben. Dabei gilt laut Thöni aber: «Die Grundversorgung sowie der Service public sind stets aufrechtzuerhalten.»

Bei der Graubündner Kantonalbank gibt es «keine spezielle Regelung», wie Mediensprecherin Nadja Maurer erklärt. Der Grund dafür sei, dass bei der Kantonalbank die Jahresarbeitszeit gelte. «Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht es frei, Gleitzeit oder Ferientage zu beziehen.»

Die Rhätische Bahn (RhB) sieht ebenfalls keine Sonderlösung vor. «Generell bekommen weder Frauen noch Männer frei», sagt Mediensprecherin Yvonne Dünser. «Selbstverständlich können RhB-Mitarbeitende für sich beschliessen, freizunehmen oder in ihrer Freizeit an der nationalen Aktion teilnehmen.» Aus betrieblichen Gründen könnten jedoch möglicherweise nicht alle Freitag- oder Ferien-Gesuche bewilligt werden, so Dünser.

Auch bei Somedia, welche diese Zeitung herausgibt, lautet die Devise: Wer freinehmen will, muss einen Ferientag beziehen. «Sofern die Stellvertretung im Team geregelt werden kann, versucht Somedia, dies ihren Mitarbeitenden möglich zu machen», erklärt CEO Thomas Kundert. Dies gelte für Frauen wie Männer gleichermassen. Streiken, ohne freizunehmen, geht laut Kundert grundsätzlich nicht. «Das wird gleich gehandhabt, wie wenn Mitarbeitende an anderen Tagen während der bezahlten Arbeitszeit nicht zur Arbeit erscheinen.»

«Ich bin nicht überrascht»

SP-Grossrätin Sandra Locher Benguerel ist eine engagierte Stimme für die Frauen im Kanton. «Ich bin nicht überrascht, dass die Arbeitnehmenden für den Frauenstreik nicht freibekommen. Aber viele Unternehmen haben kreative Lösungen innerhalb ihrer Verträge gefunden», reagiert Locher Benguerel auf die Antworten der Bündner Arbeitgeber. Zudem sei die primäre Forderung am Frauenstreik nicht, die Arbeit niederzulegen, sondern einen Weg innerhalb der Arbeitsbedingungen zu finden, um ein Zeichen zu setzen. Gerade für Graubünden sieht die Grossrätin noch grossen Handlungsbedarf für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Dennoch hofft Locher Benguerel auf möglichst viele Bündner Engagierte am Freitag, 14. Juni: «Der Tag hat Kraft, wenn sich viele beteiligen. Wir wollen die Forderung zur Gleichstellung am Frauenstreik in der Öffentlichkeit stark positionieren.»

ARGUS DATA INSIGHTS® WISSEN ZUM ERFOLG
ARGUS DATA INSIGHTS® Schweiz AG | Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
T +41 44 388 82 00 | E mail@argusdatainsights.ch | www.argusdatainsights.ch